

NW7 Lokalkreis Ganderkesee 5.2.2011

Nur Einigkeit macht die Region stark

ENTWICKLUNGSACHSE Staatssekretär Ferlemann macht keine Angaben zu Kosten und Realisierungszeitpunkt

Die Vertreter der Interessengemeinschaft verlangen gemeinsame politische Position. Daran mangelt es noch.

VON WOLFGANG LOEST

GANDERKESEE/DELMENHORST – Die Sprecher der Interessengemeinschaft B 212neu (IG), Uwe Kroll und Martin Clausen, haben am Freitag in einem Brief an politische Entscheidungsträger in der Region noch einmal dazu aufgerufen, eine einheitliche Position zum letzten Teilstück der

neuen Bundesstraße zwischen Harmenhausen und A 281 zu formulieren. Politisch sei die als Entwicklungsachse in die Annalen eingegangene Westumfahrung von Delmenhorst zwar tot, aber die Planer arbeiteten „besseren Vorhaben“ vor. „Besseren Vorhaben“ heißt es in dem Schreiben. „Uneinigkeit in der Region erleichtert dies.“ Delmenhorst und Ganderkesee vertreten bekanntlich bislang unterschiedliche Positionen.

Nur mit einem gemeinsamen Auftreten im Bundesverkehrsministerium könne „das Beste für die Menschen in der

Region“ erreicht werden, unterstreichen Kroll und Clausen. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die



Antwort von Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten

Holger Ortel.

Danach hat die niedersächsische Landesregierung beim Bund beantragt, die Linienerführung des Reststücks der B 212neu zu bestimmen. Grundlage dafür ist die landesplanerische Feststellung aus dem Jahr 2009, die die Maßgabe enthält, die Ergebnisse der ergänzenden Verkehrsökonomischen Untersuchung zur Entlastung bebauter Bereiche zu berücksichtigen. Und dabei bedürfe die denkbare Westumfahrung von Delmenhorst (Planfall 11) einer „konkretisierten Einbeziehung“. Bei dem Planfall 11 handelt es sich zunächst nur

um ein rechnerisches Verkehrsmodell, mit dem die verkehrlichen Wirkungen einer Westumfahrung von Delmenhorst ausgelotet werden sollten. Nun müsse untersucht werden, ob eine solche Straße auch planerisch umgesetzt werden kann.

Ziel ist es nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs, „zu einer vertraglichen Lösung unter Abwägung aller Belange“ zu kommen. Eine konkrete Planung der Trasse gebe es deshalb noch nicht. Erst wenn sie feststeht, seien Aussagen über die Kosten und den Zeitpunkt der Realisierung möglich.